

Wannspreiz
Wannspreiz Nr. 12,
Wannspreiz Nr. 12, 40
Wannspreiz Nr. 12, 40
Wannspreiz Nr. 12, 40



Anzeigenspreis
Die Ipeilige Koll
aber deren Name
50 Bl. Die Mel
lauerzeit über be
renntaum 1.600 Bl.
Wannspreiz Nr. 12, 40
Wannspreiz Nr. 12, 40
Wannspreiz Nr. 12, 40

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 236 | Druck und Verlag in Alzenau. | Freitag, den 8. Oktober | Kreisblatt für den D.-A.-Bezirk Nagold. | 1920.

Fortgesetzt

werden Bekleidungen auf unsere Zeitung „Aus den Tannen“ entgegengenommen.

40 Milliarden Besatzungskosten.

Berlin, 7. Okt.
Im Haushaltsausschuss des Reichstags machte gestern Reichschatzminister Scholz auf eine Anfrage über die Höhe der feindlichen Besatzungskosten folgende Mitteilungen:
Bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans im Februar 1920 fehlte jede sichere Unterlage für die Berechnung der Besatzungskosten. Eine Anfrage an die feindliche Rheinlandkommission ist bis heute unbeantwortet geblieben. Marshall Foch antwortete auf eine Anfrage der deutschen Wehrstaatskommission im Oktober 1919, die deutsche Regierung habe keine Kontrolle zu üben über die Verwendung der angeforderten Markvorschüsse, die ihr auf die Besatzungskosten gutgeschrieben würden. Der einzige Anhalt für die Aufstellung des Haushaltsplans 1920 ergab sich für das Reichschatzministerium aus einer Erklärung des Vorsitzenden der Verhandlungskommission, Herrn Loucheur, bei den Verhandlungen in Versailles im August 1919 auf die Feststellung des Staatssekretärs Dr. Lewald, daß im besetzten Gebiet Kasernements für 70 000 Mann vorhanden seien; die Zahl würde um etwas höher sein. Das Reichschatzministerium hat die Gesamtbefatzungssätze auf 80 000 Mann und unter Zugrundelegung der für die deutschen Reichswehrsoldaten anzunehmenden Auslagen die Kosten für den regelmäßigen Unterhalt der Besatzung auf 1,92 Milliarden Mark veranschlagt. Unter Zurechnung der Ausgaben für die Verreibungen ist das Reichschatzministerium auf Grund roher Schätzung auf den im Plan eingestellten Betrag von rund drei Milliarden Mark gekommen. Aus den stets wachsenden Anforderungen an Geld und an Sachleistungen mußte bereits in den folgenden Monaten der Schluss gezogen werden, daß dieser Voranschlag hinter den tatsächlichen Kosten zurückbliebe. Die nur mittelbar möglichen Feststellungen über die Besatzungssätze ergab eine Ziffer von über 130 000 Mann. Die von den Besatzungsmächten geforderten Barzahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen, die sogenannten Markvorschüsse, erreichten von Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2 313 097 603 Mark. Für die Lieferung von Verpflegungs- und Futtermitteln wurden bis zum gleichen Zeitpunkt etwa 110 Millionen Mark verausgabt. Außerdem ergab sich auf Grund der im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 aufgelassenen Quartier- und Vertriebsentschädigungen auf einen Gesamtbetrag von über fünf Milliarden Mark veranschlagt werden mußten, der zum überwiegenden Teil erst im Rechnungsjahr 1920 zur Auszahlung kommt. Diese Beträge stellen aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Es fehlt noch aus der überwiegenden Teil der von den Besatzungsmächten verausgabten Beträge für Befoldung und Unterhalt der Truppen und für von ihnen unmittelbar bezahlte Verreibungen. Der Bericht des französischen Abgeordneten Loucheur in der französischen Kammer schätzt die Kosten der Besatzungsarmee bis zum 1. Mai 1920 auf vier Milliarden Goldmark, was einem Betrag von 40 Milliarden Papiermark entspricht. Es ist nicht ersichtlich, ob Herr Loucheur hiermit lediglich die Kosten der französischen Besatzungsarmee oder die Gesamtkosten im Auge hatte. Geht man von der letzteren Voraussetzung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 2,3 Milliarden Mark, d. h. eine Mehrausgabe von 27,6 Milliarden Papiermark. Wenn wir demnach nur 15 Milliarden in den Plan eingepreist haben, so geschah dies in der Erwartung, daß die Besatzungsfrage einer radikalen Aenderung unterzogen wird.

Der Reichsrat verlangte hierauf über alle Einzelheiten und Ursachen der hohen Besatzungskosten eingehenden Aufschluß und verwies den Nach des Reichschatzministeriums an den Ausschuss zurück.
Mailand, 7. Okt. Nach dem „Corriere della Sera“ hat Marshall Foch im Vorkasterrat in Paris erklärt, es sei unmöglich, die Stärke der Besatzungstruppen in Deutschland zu vermindern, solange der Friedensvertrag nicht erfüllt sei (Inzwischen sind bekanntlich weitere schwarze Regimenter in die Pfalz gelegt worden.)

Die Finanzen der Vereinigten Staaten.

In der Konferenz von Brüssel wurde auch der Haushaltsbericht der Vereinigten Staaten vorgelegt und begreiflicherweise allseitig mit größtem Interesse entgegengenommen, sind doch die Vereinigten Staaten, vor dem Krieg ein Schuldnerstaat, inzwischen zum reichsten Land der Welt und zum Geldgeber für fast alle Länder geworden. Nach dem Bericht, der mit dem 30. Juni 1920 abschließt, weisen die Staatseinnahmen in dem letzten Haushaltsjahr einen Ueberschuß von 5,7 Milliarden Dollar (1 Dollar nach heutigem Kurs rund 63 Mark) auf, die Einnahmen an Steuern der einzelnen Staaten und örtlichen Verwaltungen einen Ueberschuß von 2 Milliarden Dollar. Die Steuereinnahmen für das laufende Rechnungsjahr bis zum 30. Juni 1921 sind mit 4 Milliarden Dollar veranschlagt. Der Bericht betont, daß eine Fortsetzung der bisherigen Steuerpolitik beabsichtigt sei, nur solle noch mehr Rücksicht auf die Förderung der Erzeugung und die Möglichkeit einer Kapitalvermehrung genommen werden. Unverzüglich sollen die Kriegsschulden getilgt werden. Der Bericht betont als Ziel die Vermeidung aller Einschränkungen und Regierungskontrollen, Privatunternehmungen sollen Ueberschüsse bringen, damit die Staatsschuld herabgesetzt werden kann und damit Europa die zum Wiederaufbau notwendigen Erzeugnisse (nicht Gold!) erhält. Auch in Amerika sei eine Teuerung zu verzeichnen; diese sei besonders hart für diejenigen Bevölkerungsschichten, deren Einnahmen nicht im gleichen Verhältnis gestiegen seien. Die geschwächte Kaufkraft der Kundenländer Amerikas habe während der letzten Monate Geschäftskrisen hervorgerufen. So hätten die Wollfabriken geschlossen werden müssen; auch die Schuh- und Baumwollindustrie sei hart betroffen worden. Die größte Baumwollgesellschaft des Landes habe ihre Preise um 33 v. H. herabsetzen müssen. Die Eisenbahnen seien trotz hoher Tariffsätze weder finanziell noch materiell in günstiger Lage und könnten den Anforderungen nicht vollständig genügen; doch stammten die Ursachen dazu bereits aus der Zeit vor dem Krieg. Auch beständen gewisse Schwierigkeiten in der Kohlenbeschaffung. Die allseitige Nachfrage nach Kapital hätten das amerikanische Banksystem auf eine schwere Probe gestellt. Diskontsatz- und Zinsfußerhöhung seien die Folge davon. Der Bericht weist zum Schluß mit Stolz auf die Solidität der amerikanischen Finanzen hin.

Der Stand der Anleihen nach dem Ausland betrug am 31. Dezember 1919 insgesamt 9 373 684 921 Dollar; davon an Belgien 33 873 500, an Tschechien 54 324 041, an Frankreich 2 885 330 800, an Großbritannien 4 219 836 992, an Italien 1 620 922 872, an Rußland 187 729 750, an Serbien 26 780 465, an Rumänien 25 000 000 Dollar, und zwar sind dabei nicht eingerechnet die Anleihen, die ausländische Staaten von sich aus in den Vereinigten Staaten zur Zeichnung durch das Publikum aufgelegt hatten.

Der amerikanische Bericht trägt die Gesichtszüge eines wohlbeleibten, wohlhabenden Geschäftsmannes, der seinen Reichtum nicht ungern zur Schau stellt, aber zudringliche Bittsteller mit herablassender und moralisierender Rede abweist: macht es wie ich, wenn ihr könnt, und dann — sparen, meine Lieben, und sich nach der Rede strecken! — Was die Vereinigten Staaten dem Krieg zu danken haben, zeigt die Außenhandelsstatistik. Der Bericht gibt eine Uebersichtstabelle über das Handelsjahr 1919 mit interessanten Einzelnheiten.

Insgesamt Betrag 1919 die Einfuhr 3 904 365 000 Dollar, die Ausfuhr 7 920 426 000, also ein Ausfuhrüberschuß von 4 016 061 000 Dollar. Einen Einfuhrüberschuß nach den Vereinigten Staaten haben zu verzeichnen vor allem Großbritannien mit 1 969 368 259 Dollar Ueberschuß; ebenso Britisch-Indien, Britisch-Afrika, Ägypten, Mexiko, die südamerikanischen Staaten, China und Japan. Aus Deutschland wurde eingeführt für 10 608 401, nach Deutschland ausgeführt für 92 761 314 Dollar; aus Frankreich für 123 819 225, nach Frankreich für 893 359 996; aus Italien für 59 060 065, nach Italien für 442 676 842; aus Holland für 75 506 503, nach Holland für 255 198 740; aus Belgien für 7 700 106, nach Belgien für 377 882 308. So sieht der amerikanische Ausfuhrüberschuß nach Frankreich an erster Stelle; dann folgen Italien, Belgien, Holland. Aus dem europäischen Rußland wurde eingeführt für 2 953 480, nach Rußland ausgeführt für 30 259 745; aus dem asiatischen Rußland für 6 709 608, Berlin für 52 176 440 Dollar.

Neues vom Tage.

Gegen die Sozialisierung.

Berlin, 7. Okt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale) hat sich bei ihren Beratungen in Weimar in der Frage der Sozialisierung grundsätzlich zur Unentbehrlichkeit des Unternehmungsgeistes bekannt und die Aufrechterhaltung der selbständigen Existenzen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe als unbedingt erforderlich bezeichnet. Die Fraktion lehnte daher die von der Sozialisierungskommission gebrachten Vorschläge ab. Dagegen will die Fraktion alle die Erzeugung fördernden Maßnahmen, insbesondere in der Kohlenwirtschaft unterstützen. Sie hält es für zweckmäßig, mit ihren Vorschlägen zu warten, bis die von der Regierung in Aussicht gestellten Vorklagen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorliegen.

Hamburger Gesandter bei der Reichsregierung.
Hamburg, 7. Okt. Die Bürgerschaft stimmte einem Antrag des Senats auf Ernennung eines Hamburger Gesandten bei der Reichsregierung mit 40 000 Mark Gehalt und 60 000 Mark Aufwandsentschädigung zu.

Der Betriebsrätekongress.

Berlin, 7. Okt. Der Betriebsrätekongress hat heute eine Entschließung gegen drei Stimmen angenommen, in der nicht nur die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, sondern des gesamten Bergbaus gefordert wird.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Essen, 7. Okt. Die Kohlenförderung des Ruhrgebiets einschließlich der linksrheinischen Becken betrug nach der „Frankf. Ztg.“ im September an 26 Arbeitstagen 719 Millionen Tonnen oder arbeitsmäßig 291 940 Tonnen, gegen 280 445 Tonnen im August, was auf eine Zunahme der Ueberschichten schließen läßt.

Internationales Arbeitsamt.

Genf, 7. Okt. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts, das dem Völkerbund angegliedert ist, trat vorgestern zur ersten Sitzung zusammen. Der Rat besteht aus Vertretern von 12 Regierungen. Deutschland ist durch Dr. Lehmann vertreten. Ferner gehören ihm je 6 Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an, darunter Legation für Deutschland. Die Beratungen sind geheim. Vorsitzender ist der kanadische Sozialist Albert Thomas, der ein Gehalt von 100 000 Franken bezieht. Es wurde beschlossen, die Mitteilungen und Drucksachen außer in englischer und französischer, auch in deutscher Sprache herauszugeben, da von den im internationalen Arbeitsbureau vertretenen 25 Millionen Arbeitern 10 Millionen nur deutsch verstehen.

Industriekrisis in der Schweiz.

Genf, 7. Okt. Die Krise in der Baumwoll- und der Feinindustrie spitzt sich immer mehr zu. Die Arbeitgeber haben beschlossen, während des Monats Oktober nur noch fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Die groben Fabriken arbeiten höchstens 36 Stunden in der Woche.

Holländischer Kredit.

Haag, 7. Okt. Der Zweiten Kammer ist gestern ein Gesetzentwurf zugegangen über die Gewährung von Vorschüssen an Oesterreich, Ungarn, Polen, Tschechien in Höhe von 1 1/2 Millionen Gulden zur Bezahlung von Lieferungen aus Holland.

Generalkrieg in Portugal.

Madrid, 7. Okt. In Lissabon, Porto und in allen großen Städten Portugals ist der Generalkrieg ausgerufen.

Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien.

Rom, 7. Okt. Die jugoslawische Regierung erklärt sich bereit, die Verhandlungen zwischen den jugoslawischen und den italienischen Delegierten über die zwischen den beiden Ländern ungelösten Fragen in einer norditalienischen Stadt aufzunehmen.

König Konstantin heimalkob.

Paris, 7. Okt. Wie aus Rom gemeldet wird, hat die italienische Regierung erklärt, den Aufenthalt des früheren Königs Konstantin in Italien nicht dulden zu können.

London, 7. Okt. Die Vereinigung der englischen Handelskammer hat sich gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen, solange Rußland nicht diejenigen Schulden anerkennt, die es früher gemacht hat.







